

## Die Regierung Heinrich Brüning (Zentrum) – Das 1. Präsidialkabinett



**Heinrich Brüning**

Nach dem Scheitern der von der SPD geführten Regierung Müller stand man in Berlin im Jahr 1930 vor der Entscheidung wie die politische Zukunft Deutschlands aussehen solle. Ein „Weiter so“ war nicht mehr möglich. Zwar besaßen die Regierungen schon zuvor keine absolute Mehrheit mehr im Reichstag. Doch gerade jetzt waren die politischen Gräben zwischen den einzelnen Lagern so groß, dass es unmöglich schien eine stabile Regierung bilden zu können. Der Reichspräsident war deswegen besonders gefordert, konnte er doch mittels Artikel 48 der Weimarer Verfassung Notverordnungen erlassen. Dies war nötig um die zu entstehenden Minderheitsregierungen tragen zu können. Gleichzeitig verdeutlicht es jedoch auch die politische Instabilität des Deutschen Reiches und damit auch die Schwäche der Demokratie. Die Einführung der Präsidialkabinette sind deswegen auch als eine Vorbereitung der nationalsozialistischen Machtergreifung zu werten.

Der erste Kanzler, welcher ein Präsidialkabinett führte, war Heinrich Brüning von der Zentrumspartei. Sein oberstes Ziel war es die Wirtschaftskrise, welche Deutschland arg in Mitleidenschaft gezogen hatte und den extremen Parteien immer mehr Menschen zuspelste, in den Griff zu bekommen. Dies suchte er vor allen Dingen mit einem scharfen Sparkurs zu erreichen, welcher auf der einen Seite durch die Erhöhung und Neueinführung von Steuern, auf der anderen jedoch auch durch den Abbau von staatlichen Sozialausgaben und der Kürzung der Gehälter im öffentlichen Dienst, verbunden war. Sein erster Versuch ein Sanierungsprogramm für das Reich einzuführen scheiterte jedoch am Parlament. Daraufhin setzte er sein Gesetz, wie zuvor angekündigt, mittels einer Notverordnung durch. Dagegen protestierten jetzt jedoch auch die Sozialdemokraten, welche Brüning zuvor toleriert hatten. So wurde das Gesetz bereits wenige Wochen nach Inkrafttreten wieder gestoppt – was folgte war die Auflösung des Reichstages. Bei der folgenden Reichstagswahl büßten die Republikbefürworter stark an Stimmen ein, die NSDAP jedoch konnte ihre Sitze im Parlament von 12 auf 107 verneunfachen und wurde damit zweitstärkste Kraft. Eine Koalition von bürgerlichen Kräften war deswegen – wieder einmal – nicht möglich. Es gelang jedoch Brüning die Sozialdemokraten davon zu überzeugen, dass aufgrund der damaligen politischen Lage eine Tolerierung der Regierung durch die SPD das beste sei. Trotzdem regierte Brüning in der folgenden Zeit fast ausschließlich ohne das Parlament. Das lässt sich an der hohen Anzahl von insgesamt 62 Notverordnungen belegen, welche er verabschiedet hatte. Der Reichstag war nur noch dafür da, dafür zu sorgen, dass die Notverordnungen nicht wieder gestoppt werden können. Entsprechende Anträge von der NSDAP oder der KPD wurden von allen anderen Fraktionen deswegen abgelehnt. Dies wiederum missfiel dem Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, wünschte dieser sich doch eine von der Sozialdemokratie unabhängige Regierung. Brünings begonnene Deflationspolitik zeigte indes nicht die gewünschte Wirkung, sie verkehrte sie ins Gegenteil und die Wirtschaftskrise wurde für die Bevölkerung jeden Tag spürbarer. Dies wurde zu allem Überfluss auch noch durch 2 außenpolitische Fehlentscheidungen verstärkt. Brüning kam deswegen zu der Erkenntnis, dass Deutschland sich wohl nie wieder von der Wirtschaftskrise erholen könnte und setzte deswegen auf eine Rückkehr in die Agrargesellschaft. Er wollte dies erreichen, indem Millionen von Arbeitslosen aus den Industriezentren auf das Land umgesiedelt werden um dort Ackerbau betreiben zu können. Zu diesem Zweck wollte er die Osthilfe, also die Subventionen für die überschuldeten landwirtschaftlichen Großgüter im Osten des Reiches, welche bislang von den Sparmaßnahmen der Regierung immer verschont geblieben waren, beenden. Hindenburg, welcher selbst im besagten Gebiet

Grundbesitz besaß, nutzte dies um den ohnehin beim Volk unbeliebten Brüning seine Unterstützung zu entziehen. Der Entmachtete Kanzler trat daraufhin am 30. Mai 1932 zurück.

Im Nachgang betrachtet kann man sagen, dass Brünings Politik wohl eher negative Folgen für die Weimarer Republik hatte. Erstmals seit dem Sturz der Monarchie hatte das Parlament faktisch keine Rechte, sondern wurde lediglich dazu (miss-)braucht bestimmte Gesetzesvorhaben der Regierung abzunicken. Des Weiteren spielte die brüningsche Deflationspolitik den radikalen, republikfeindlichen, antidemokratischen Parteien in die Hände, die Machtergreifung Adolf Hitlers wurde somit von Brüning – wenn auch unbeabsichtigt – vorbereitet.